

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königl. Bezirksgerichts und des Rathes der Stadt Leipzig.

N^o 228.

Montag den 16. August.

1869.

Tagesgeschichtliche Uebersicht.

Se. Maj. der König von Preußen hat in Folge der Ereignisse auf kirchlich-katholischem Gebiete, welche sich in Berlin und neuerdings auch in Düsseldorf zugetragen haben, durch das Geheime Civilcabinet Bericht eingefordert, sowohl von dem Berliner Polizeipräsidenten über die Vorgänge, welche sich bei der mehrerwähnten Einweihungsfeierlichkeit des Klosters in Moabit und den in den darauf folgenden Tagen angeblich stattgehabten Störungen vor dem Kloster, als auch von dem Polizeidirectorium zu Düsseldorf über die Ereignisse, welche in dem dortigen Dominikanerkloster vorgekommen und den Erlaß eines Stadtbriefes hinter den Pater Eudem zur Folge gehabt haben.

Die officiöse Correspondenz Hoffmann meldet aus München, 14. August: Heute wurden im Staatsministerium des Aeußern die Urkunden über die allseitige Genehmigung der in der Liquidations-Commission am 6. Juli über die künftige Behandlung des gemeinschaftlichen Festungsmaterials gefaßten Beschlüsse ausgetauscht und sodann zwischen Bayern, Württemberg und Baden die Ratificationen über den Vertrag wegen Errichtung einer Festungcommission ausgetauscht.

Allen Anzeichen nach ist in den Regierungskreisen von Berlin die entschiedene Absicht vorhanden, gegen alle Aeußerungen des Grafen Beust, aus welchen für Preußen der Vorwurf unfreundlicher und feindseliger Gesinnung gegen Oesterreich hergeleitet werden könnte, in bestimmtester Weise Widerspruch zu erheben und überhaupt die Forderung aufzustellen, daß Anklagen der erwähnten Art öffentlich bewiesen und für alle Verdächtigungen, welche Preußen als einen Störenfried hinstellen, Belege beigebracht werden müssen. In diesem Sinne hat der Unterstaatssecretair der auswärtigen Angelegenheiten in Berlin, Herr von Thiele, unter dem 4. August wieder eine Depesche an den Vertreter Preußens in Wien geschickt. Graf Beust hatte nämlich in den Delegationen kühnlich behauptet, er habe sich stets redlich bemüht, mit Preußen nicht bloß dem Wesen nach Frieden und Freundschaft zu bewahren, sondern auch in den äußern Formen innigere Beziehungen herbeizuführen; Dies sei jedoch trotz aller Bemühungen bis jetzt nicht gelungen, da Preußen solchen Bestrebungen nicht entgegenkomme. Herr v. Thiele kann solchen Aeußerungen gegenüber nur im höchsten Grade erstaunen, da in Berlin nicht bekannt sei, daß von dem kaiserlichen Cabinet auch nur die leiseste Andeutung, welche auf eine Absicht des Entgegenkommens schließen ließe, geschweige denn ein Entgegenkommen wirklich bekundet worden ist. Der österreichische Gesandte in Berlin, Graf Wimpffen, habe seit dem Frühjahr 1868 (!) niemals den Wunsch nach einer Unterredung mit dem Grafen Bismarck geäußert, also auch eine solche in dieser ganzen Zeit nicht gehabt. Es lasse sich nicht annehmen, daß ein so absoluter Verzicht auf jeden geschäftlichen Verkehr mit dem Leiter der auswärtigen Angelegenheiten, während der preussische Gesandte in Wien die Beziehungen mit dem Grafen Beust regelmäßig unterhielt, nicht auf ausdrücklicher Weisung des Letzteren beruhen sollte. Auch aus seinen diplomatischen Veröffentlichungen erinnere er sich keiner für Preußen entgegenkommenden oder auch nur wohlwollenden Aeußerung des Reichskanzlers. Jene falschen Angaben seien ein Theil der bekannten Bestrebungen, zwischen zwei Völkern, die im friedlichen und freundschaftlichen Verkehr zu leben ziemlich einstimmig wünschen, Verdächtigung und Mißtrauen hervorzurufen. Zum Schluß verlangt Herr v. Thiele bestimmte Auskunft vom Grafen Beust.

Aus Berlin wird der „Constitut. Zeitung“ gemeldet: Schon neulich fiel es auf, daß die nach Wien telegraphirte preussische Depesche in der Beust-Friesen'schen Angelegenheit von den dortigen Blättern nicht gebracht wurde. Sehr bald aber fand sich, daß die Depesche den Blättern vom Telegraphenbureau vorenthalten worden ist. Neuerdings ist dasselbe Verfahren der Mittheilung der „Provinzial-Correspondenz“ gegenüber, betreffend die Auslassungen des Grafen Beust über seine angeblichen Bemühungen,

ein intimeres Verhältniß zu Preußen herzustellen, in Wien eingeschlagen worden. Diese Mittheilung ist gleichfalls von Berlin nach Wien telegraphirt, aber dort unterschlagen worden. Man muß sich daher in der That fragen, was es mit der Pressfreiheit in Oesterreich, die der Minister Giskra neulich noch so sehr verherrlicht hat, eigentlich für eine Bewandniß hat.

Die auswärtigen und einheimischen Stimmen, welche die agitirende Politik des österreichischen Reichskanzlers verurtheilen, mehren sich. Unter den englischen Blättern schließen sich die „Daily News“, das verbreitetste Organ der liberalen Partei in England, dem schon erwähnten Urtheil der „Times“ an, ein Beweis, daß das letztere Blatt in seinem mißbilligenden Urtheil über die Politik des Herrn Reichskanzlers die Meinung seines Landes hinter sich hatte. Die Parteilichkeit, welche sich in der Haltung des Reichskanzlers gegenüber den einzelnen Mächten kund giebt, wird selbst von einem ihm sonst so freundlich gesinnten Blatte, wie dem „Pesther Lloyd“ hervorgehoben. Das Blatt gesteht zu, daß aus den Erklärungen des Reichskanzlers vor der Delegation des Reichsraths „die wärmste Sympathie für Frankreich und eisige Kälte gegen Preußen“ gesprochen habe. Dieses Verlangen des Reichskanzlers nach einiger innigen Verbindung mit der ersteren Macht scheint auch in seiner Ansprache in der Delegation des Reichsraths gelegentlich der Berathung über den Etat des Kriegsministeriums wieder Ausdruck gefunden zu haben, so viel aus dem übrigens noch fragmentarischen Bericht darüber zu schließen ist.

In der Sitzung der Delegation des Reichsraths zu Wien am 14. wurde die Berathung des Kriegsbudgets fortgesetzt. Der Reichskriegsminister vertheidigte in längerer Rede die Organisation der Armee in politischer, ökonomischer und militärischer Beziehung; der Minister erklärte, daß seiner persönlichen Ansicht nach eine Herabminderung des Armeestandes im gegenwärtigen Augenblicke nicht angezeigt erscheine; auch könne Oesterreich mit einer solchen Maßregel nicht vorangehen. Durch Vermehrung der Anzahl der Bataillone um 90, durch Aufstellung der sechsten Bataillone, sei die Regierung in der Lage, 5—600,000 Mann wohl- ausgerüstet und schlagfertig aufzustellen, dessen ungeachtet sei der Präsenzstand ein sehr geringer. Der Minister schloß seine Rede mit der Befürwortung der Regierungsvorschläge.

Kaum glaublich, aber doch Thatsache ist die Unverschämtheit, mit welcher eins der Beust'schen Leibblätter, die „Morgenpost“ in Wien, über den Streit zwischen Beust und Friesen sich ausließ: „In welchem Zustande leben wir? Dieses erbärmliche Sachsen, dieser von den eigenen Landeskindern verkaufte kleine Basallenstaat, dieser Hausknechtminister eines halbentthronten Fürsten wagt Oesterreich eine Zurechtweisung zu ertheilen? Wofür haben wir ein großes Kriegsbudget, wofür eine wohlbesoldete Diplomatie, wofür geben wir Millionen aus, um das Ansehen unseres Staates zu wahren, wenn ein Zwergkönigreich uns Solches bieten darf?“ Sehr richtig bemerkt hierüber ein Wiener Correspondent der „D. A. Z.“: In dieser Weise wagt ein Affilirter unseres Pressbureaus über Sachsen zu sprechen, über Sachsen, das mit beispielloser Treue in dem Unglücksjahre 1866 an Oesterreich geblieben, über Sachsen, dessen Soldaten mit denen des Kaisers Franz Joseph ihr Blut vermischt, wo immer, in Böhmen oder in Mähren! So spricht ein Wiener Publicist von jenem Lande, dessen Armee die Trümmer des österreichischen Herrers vor den verfolgenden Preußen am Abend des 3. Juli gerettet, als Kaiser Franz Joseph keine Armee mehr hatte, sondern nur noch einzelne Soldatenhaufen!

Der Kaiser Napoleon ist von seinem Unwohlsein wiederhergestellt, hat jedoch wegen des Todes des Marschalls Niel seine Abreise nach dem Lager von Chalons verschoben.

Die Mittheilungen französischer Blätter aus New-York versichern, daß die Regierung der Union den Gedanken eines Abkommens wegen Cuba nicht aufgegeben habe. In einem am 11. d. M. abgehaltenen Ministerrathe sei beschlossen worden, die Entscheidung über die Frage um zwei Wochen zu vertagen, da